

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

6. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 7. Dezember 1953

Nummer 128

## Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

### A. Landesregierung.

#### B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —.

#### C. Innenminister.

I. Verfassung und Verwaltung: RdErl. 21. 11. 1953, Vordrucke für Aufgebotsverhandlungen. S. 2015. — RdErl. 23. 11. 1953, Aufhebung des Sichtvermerkszwanges für Inhaber amtlicher Pässe. S. 2015. — RdErl. 2. 12. 1953, Sammlungen und Lotterien. S. 2016.

III. Kommunalaufsicht: RdErl. 26. 11. 1953, Erhebung von Säumniszuschlägen von Gebietskörperschaften. S. 2016.

IV. Öffentliche Sicherheit: RdErl. 23. 11. 1953, Rechtsstellung, Bezeichnung, Amtsschilder, Dienstsiegel und Schriftverkehr der bisherigen Landeseinrichtungen der Polizei (künftig als „Polizeieinrichtungen“ bezeichnet). S. 2017.

#### D. Finanzminister.

#### E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Persönliche Angelegenheiten. S. 2018.

Bek. 25. 11. 1953, Normen für das Markscheidewesen. S. 2018.

#### F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

#### G. Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau.

RdErl. 17. 11. 1953, Kriegsfolgenhilfe; hier: Kosten der Auswanderung. S. 2019. — Bek. 20. 11. 1953, Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferlaubnisscheinen auf Grund des § 7 der Sprengstofferlaubnisschein-Verordnung. S. 2020. — Bek. 21. 11. 1953, Nachtragsverzeichnis der Leihapotheken für die Ausbildungszeit vom 1. Oktober 1953 bis 30. September 1955. S. 2020. — RdErl. 25. 11. 1953, Verordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten; hier: Aufsetztanks AT—K 20, 30 und 40. S. 2020.

VII. C. Bauaufsicht: RdErl. 24. 11. 1953, Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten. S. 2021/22.

#### H. Kultusminister.

#### J. Justizminister.

#### K. Minister für Angelegenheiten der Landschaftsverbände.

## C. Innenminister

### I. Verfassung und Verwaltung

#### Vordrucke für Aufgebotsverhandlungen

RdErl. d. Innenministers v. 21. 11. 1953 —  
I—14.66— zu Nr. 1130/48

In den Aufgebotsverhandlungen empfiehlt es sich, entsprechend der bisherigen Übung eine Belehrung über § 6 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. Juli 1953 (BGBl. I S. 700) aufzunehmen. Soweit in den zur Zeit noch benutzten Vordrucken Hinweise auf das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 (RGBl. I S. 61) enthalten sind, muß die Bezugnahme auf § 6 des Gesetzes von 1953 umgestellt werden. Die vorhandenen Vordrucke können nach handschriftlicher Änderung aufgebraucht werden.

Bezug: Erl. v. 5. 9. 1947 Abt. I 18 an die Regierungspräsidenten.

An die Standesämter und ihre Aufsichtsbehörden.

3 S. 2015 u.  
geh.

— MBl. NW. 1953 S. 2015.

5 S. 1203 Nr. 419

#### Aufhebung des Sichtvermerkszwanges für Inhaber amtlicher Pässe

RdErl. d. Innenministers v. 23. 11. 1953 —  
I — 13 — 38 — 14 Nr. 188/51

Im Anschluß an den RdErl. v. 27. Oktober 1953 (MBl. NW. S. 1895) wird mitgeteilt, daß auch die britische Regierung mit Wirkung vom 1. Juli 1953 ab den Sichtvermerkszwang für Inhaber deutscher Diplomaten-, Ministerial- und Dienstpässe aufgehoben hat.

An die Regierungspräsidenten,  
Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBl. NW. 1953 S. 2015.

## Sammlungen und Lotterien

RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1953 —  
I 18—51 Nr. 1337/53

Das Aufgabengebiet „Sammlungen und Lotterien“ ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1953 ab vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau auf das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen übergegangen.

An die Regierungspräsidenten.

— MBl. NW. 1953 S. 2016.

### III. Kommunalaufsicht

#### Erhebung von Säumniszuschlägen von Gebietskörperschaften

RdErl. d. Innenministers v. 26. 11. 1953 —  
III B 4/01 — 3240/53

Den nachstehend abgedruckten RdErl. des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen, der mit meiner Zustimmung ergangen ist, bringe ich zur Kenntnis.

Ich bitte die Gemeinden und Gemeindeverbände, ihre steuerlichen Verpflichtungen den Finanzämtern gegenüber rechtzeitig zu den festgesetzten Zahlterminen zu erfüllen.

An die Gemeinden, Gemeindeverbände und Gemeindeaufsichtsbehörden.

Der Finanzminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
S 1296 — 12992/VC—3

Düsseldorf, den 6. November 1953.

An die Oberfinanzdirektionen in Düsseldorf, Köln und  
Münster (Westf.).

Betrifft: Erhebung von Säumniszuschlägen von Gebietskörperschaften.

Bezug: Meine Erlasse vom 4. April 1952 S 1296 — 428/VA—3 und vom  
22. April 1952 S 1296 — 3952/VA—3.

Nach dem gemeinsamen Erl. des früheren Reichsministers der Finanzen und des früheren Reichsministers des Innern vom 29. Juni 1938 S 1296 — 55 III R / V St 2643/38/5224 (RStBl. 1938 S. 625) sind Säumniszuschläge von den Gebietskörperschaften nicht zu erheben.

Nach übereinstimmender Auffassung der Obersten Finanzbehörden der Bundesländer und auch des Bundesministers der Finanzen entspricht die vorbezeichnete Anordnung nicht mehr den im heutigen Rechtsstaat maßgebenden Grundsätzen. Die Finanzämter müssen vielmehr in die Lage versetzt werden, auch gegen Gebietskörperschaften, die ihren steuerlichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund oder gegenüber dem Land nicht ordnungsmäßig nachkommen, Säumniszuschläge zu erheben.

Ich ordne daher an, daß der oben erwähnte Erl. ab sofort im Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen nicht mehr anzuwenden ist.

Bei der Festsetzung von Säumniszuschlägen gegenüber Gebietskörperschaften bitte ich, wie folgt zu verfahren:

Die Gebietskörperschaft, die mit Steuerzahlungen säumig wird, ist zunächst durch eine formlose Zahlungsaufforderung an ihre Zahlungsverpflichtung zu erinnern. Bleibt die Erinnerung ohne Erfolg, so ist in einer nochmaligen Zahlungsaufforderung darauf hinzuweisen, daß ein Säumniszuschlag festgesetzt werden wird, wenn der erneuten Zahlungsaufforderung innerhalb der angegebenen Frist nicht nachgekommen wird. In die zweite Zahlungsaufforderung ist weiter ein Hinweis aufzunehmen, daß nach Ablauf der gestellten Frist die Gemeindeaufsichtsbehörde benachrichtigt werden wird. Wenn die Gebietskörperschaft auch der zweiten Zahlungsaufforderung nicht nachkommt, ist der Säumniszuschlag festzusetzen.

Ich bitte, die Finanzämter mit entsprechenden Weisungen zu versehen.

Dieser Erl. wird im Teil II des Bundessteuerblatts veröffentlicht.

— MBl. NW. 1953 S. 2016.

1953 S. 2017  
geänd.  
1956 S. 1685/86

1953 S. 2017  
geänd. d.  
1954 S. 2152

#### IV. Öffentliche Sicherheit

1953 S. 2017  
geänd. d.  
1955 S. 309

### Rechtsstellung, Bezeichnung, Amtsschilder, Dienst- siegel und Schriftverkehr der bisherigen Landesein- richtungen der Polizei (künftig als „Polizeieinrich- tungen“ bezeichnet)

RdErl. d. Innenministers v. 23. 11. 1953 —  
IV — A 1 — 23.03 — Tgb.Nr. 391/53

#### A. Rechtsstellung.

Die Bezeichnung „Landeseinrichtungen“ für einzelne Dienststellen der Polizei ist angesichts der Tatsache, daß die gesamte Polizei „Angelegenheit des Landes“ ist (§ 1 POG), irreführend. Die Verwendung dieses Begriffes entfällt demnach.

Abweichend von dem Unterstellungsverhältnis der Polizeibehörden unterstehen jedoch

die Bereitschaftspolizei,  
das Polizei-Institut Hiltrup,  
die Landespolizeischulen,  
die Polizeihundeschule und  
der Fernmeldedienst der Polizei

unmittelbar dem Innenminister. Sie werden als „Polizeieinrichtungen“ bezeichnet.

#### B. Bezeichnung.

Für die Polizeieinrichtungen sind in allen Schriftstücken, Vordrucken und als Anschriften folgende Bezeichnungen zu verwenden:

- (1) Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen
  - a) Abteilung I Bork, Landkreis Lüdinghausen,
  - b) Abteilung II Bochum,
  - c) Abteilung III Wuppertal,
  - d) Abteilung IV Linnich, Landkreis Jülich,
 Sammelanschrift: Bereitschaftspolizei-Abteilungen;
- (2) Polizei-Institut Hiltrup in Hiltrup, Landkreis Münster;
- (3) Landespolizeischule
  - a) „Erich Klausener“ Düsseldorf,
  - b) „Carl Severing“ Münster,
 Sammelanschrift: Landespolizeischulen;
- (4) Polizeihundeschule Bork, Landkreis Lüdinghausen;
- (5) Fernmeldedienst der Polizei Nordrhein-Westfalen.

Als Sammelanschrift für einen Schriftverkehr, der sich an alle Polizeidienststellen des Landes richtet, ist folgende Bezeichnung zu verwenden:

„An alle Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen“.

Die für die Polizeieinrichtungen zuständigen Verwaltungsstellen führen die Bezeichnung nach den Bestimmungen A Ziffer 1 des RdErl. v. 2. Februar 1953 (MBl. NW. S. 208) weiter. Dies gilt nicht für das Polizei-Institut Hiltrup.

Innerhalb der Bereitschaftspolizei sind folgende Bezeichnungen zu führen:

Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen

#### a) der Abteilungsführer

z. B. „Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen  
Abteilung I  
— Abteilungsführer —“,

#### b) der Abteilungsarzt

z. B. „Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen  
Abteilung I  
— Abteilungsarzt —“,

#### c) die Hundertschaften

z. B. „Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen  
Abteilung I  
— 1. Hundertschaft —“.

#### C. Amtsschilder, Dienstsiegel und Schriftverkehr.

Für die Ausstattung der Dienstgebäude mit Amtsschildern, die Führung von Dienstsiegeln und für den Schriftverkehr der Polizeieinrichtungen sind die Bestimmungen unter C I, D und E des RdErl. v. 24. September 1953 (MBl. NW. S. 1589) betr.: Organisation, Amtsschilder, Dienstsiegel und Schriftverkehr der Polizeibehörden entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, daß ein unmittelbarer Schriftverkehr mit dem Innenminister stattfindet.

#### D. Anders lautende Weisungen werden hiermit aufgehoben, insbesondere

- a) die RdErl. v. 8. 3. 1948 (MBl. NW. S. 113), 8. 2. 1949 (MBl. NW. S. 185), 13. 4. 1949 (MBl. NW. S. 365), 10. 5. 1949 (MBl. NW. S. 447), 15. 5. 1949 (MBl. NW. S. 466), 30. 9. 1949 (MBl. NW. S. 961), 15. 12. 1949 (MBl. NW. S. 1148), 2. 2. 1951 (MBl. NW. S. 97), 15. 2. 1952 (MBl. NW. S. 226), 21. 5. 1952 — IV A 1 — 10 — Tgb.Nr. 127 II/52 —, 29. 8. 1952 (MBl. NW. S. 1441) — Dienststellenbezeichnung —;
- b) die RdErl. v. 5. 1. 1950 — IV B 3 — Tgb.Nr. 286/50 — und vom 4. 2. 1950 — IV B 3 — Tgb.Nr. 286/50 II — Amtsschilder;
- c) die RdErl. v. 6. 1. 1949 — IV A 2 — Tgb.Nr. 1461 III — und vom 19. 5. 1949 — IV B 3 — Tgb.Nr. 404 —, 5. 4. 1952 — IV A 1/10 — Tgb.Nr. 112/52 — Dienstsiegel;
- d) Anlage zum 2. Verwaltungsreformerlaß vom 27. November 1952 (MBl. NW. S. 1687) — Richtlinien für den Schriftverkehr —.

An die Kreis- und Landespolizeibehörden und das Landeskriminalamt, die Bereitschaftspolizei-Abteilungen, das Polizei-Institut Hiltrup, die Landespolizeischulen, die Polizeihundeschule, den Fernmeldedienst der Polizei.

— MBl. NW. 1953 S. 2017.

### E. Minister für Wirtschaft und Verkehr

#### Persönliche Angelegenheiten

Ernennungen: Oberregierungsrat G. Krumm-  
heuer zum Regierungsdirektor, Oberregierungsrat  
H. Zander zum Regierungsdirektor.

— MBl. NW. 1953 S. 2018.

#### Normen für das Markscheidewesen

Bek. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr  
v. 25. 11. 1953 — III/6—171—100— Tgb.Nr. 3427/3634/53

Der nachstehende, an die Oberbergämter in Bonn und Dortmund gerichtete Erl. über die Verbindlichkeitserklärung der

„Normen für die markscheiderischen Arbeiten am Lagerstättenarchiv Steinkohlenbergbau, Flözarchiv“ wird hiermit veröffentlicht. Die zugehörigen, hier nicht wiedergegebenen Normblätter DIN 21941 können bei den Oberbergämtern eingesehen werden.

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
III 6—171—100 Tgb.Nr.3427 3634/53

Düsseldorf, den 25. November 1953.

An die Oberbergämter in Bonn und Dortmund,

Betrifft: Normen für das Markscheidewesen

Bezug: Mein Erl. vom 10. 1. 1952 — II/2—215

Die „Normen für die markscheiderischen Arbeiten am Lagerstättenarchiv Steinkohlenbergbau, Flözarchiv“ — DIN 21941 — werden als Nachtrag zu den mit meinem Bezugsverlaß für verbindlich erklärten „Richtlinien für die Herstellung und Ausgestaltung des bergmännischen Rißwerks“ — DIN 21900 ff. — hiermit für das Land Nordrhein-Westfalen ebenfalls für verbindlich erklärt.

— MBl. NW. 1953 S. 2018.

1953 S. 2019

erg. d.

1954 S. 53 u. 54

## G. Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau

### Kriegsfolgenhilfe; hier: Kosten der Auswanderung

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau  
v. 17. 11. 1953 — IV A 1/KFH/90

Nachstehend gebe ich den Inhalt des vom Bundesminister des Innern herausgegebenen Erl. v. 16. Oktober 1953 — Az.: 5242—5—3256/53 — mit der Bitte um Beachtung bekannt:

„Das Bundesamt für Auswanderung hat mir mitgeteilt, daß eine zum Kreise der Kriegsfolgenhilfeempfänger gehörende Person, die mit ihren beiden minderjährigen Kindern auswandern wollte, um Erstattung der mit der Auswanderung verbundenen Kosten innerhalb des Bundesgebietes gebeten hat; die Passagekosten selbst sollten von ihnen, vor einem Jahr in die USA ausgewanderten Söhnen getragen werden. Das zuständige Arbeitsamt, an das sie sich zunächst wandte, habe die Übernahme dieser Kosten mit der Begründung abgelehnt, es handle sich bei ihr nicht um eine vom Arbeitsamt gelenkte Auswanderung. Auch der Bezirksfürsorgeverband habe dann ihren Antrag abgelehnt und erklärt, wenn sie auswandere, erhalte sie die erste Rate der Hausrathilfe; sie sei nach Auszahlung des Entschädigungsbetrages dann nicht mehr hilfsbedürftig und könne deshalb die Auswanderungskosten aus den Mitteln der Hausrathilfe bestreiten. Um den festgesetzten Abfahrtsstermin einhalten zu können, habe sie schließlich die erhaltenen Mittel zur Bezahlung der Auswanderungskosten verwenden müssen.“

Dieser Auffassung kann nicht beigetreten werden. Ich weise deshalb zur Frage der Erstattung der Kosten der Auswanderung gemäß § 14 a des Ersten Überleitungsgesetzes i. d. F. vom 21. August 1951 darauf hin, daß die Auszahlung der Hausrathilfe an geschädigte Kriegsfolgenhilfeempfänger und diesen in § 14 a a. O. gleichgestellte Personen die Ablehnung der Erstattung von Auswanderungskosten nicht rechtfertigt. Die Hausratentschädigung wird zur Abgeltung von Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden und Ostschäden, die in dem Verlust von Hausrat bestehen, gewährt. Die Hausrathilfe, die eine Vorausleistung auf den Anspruch auf Hausratentschädigung ist, soll die Geschädigten in den Stand setzen, die notwendigsten Hausratgegenstände zu beschaffen. Aus der Tatsache, daß der Anspruch auf Hausratentschädigung nicht übertragen oder gepfändet werden kann, geht hervor, daß die Entschädigungsbeträge aus der Hausrathilfe zweckgebunden sind (vgl. §§ 293 ff. LAG).

Das Bundesausgleichsamt hat angeordnet, daß Geschädigte, die ihre bevorstehende Auswanderung, z. B. durch eine Bescheinigung des Bundesamtes für Auswanderung, nachweisen, die erste Rate der Hausrathilfe ohne Rücksicht auf die bei ihnen vorliegende Punktzahl erhalten. Durch die Auszahlung der zweckgebundenen Hausrathilfe wird die Entscheidung der Fürsorgeverbände über das Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit der geschädigten Kriegsfolgenhilfeempfänger und der diesen in § 14 a a. O. gleichgestellten Personen, die auszuwandern beabsichtigen, nicht berührt.

Ich bitte, die Fürsorgeverbände entsprechend zu unterrichten und sie zugleich auch darauf hinzuweisen, daß die Vorschrift des § 14 a a. O. auf alle Auswanderer anzuwenden ist, bei denen die Voraussetzungen dieser Vorschrift vorliegen. Zur Verrechnung der Auswanderungskosten ist also auch erforderlich, daß sich die Auswanderer zur Durchführung der ärztlichen Untersuchung und der vorgeschriebenen amtlichen Überprüfung sowie zur Vorstellung vor dem Vertreter des konsularischen Dienstes des Einwanderungslandes vor Verlassen des Bundesgebietes in einem Auswandererüberprüfungslager aufgehalten haben.

Im Auftrag:

Dr. Scheffler.

An die Regierungspräsidenten,  
Verwaltungen der Landschaftsverbände —  
Landesfürsorgeverband — in Düsseldorf  
und Münster,  
Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBl. NW. 1953 S. 2019.

## Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnisscheinen auf Grund des § 7 der Sprengstofflaubnisschein-Verordnung

Bek. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau  
v. 20. 11. 1953 — II B 4 — 8723

Nachstehende Sprengstofflaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers:	Muster, Nr. und Jahr:	Aussteller:
Eugen Zannier, Stolberg, Burgstüttgen	C Nr. 5/52 vom 30. 12. 1951	Gewerbeaufsichtsamt Aachen
Matthias Wildrath, Vossenack	B Nr. 50/52 vom 3. 11. 1952	Gewerbeaufsichtsamt Aachen
Hans Engels, Wettringen, Aa-Bauerschaft 37	B Nr. 2/53 vom 14. 4. 1953	Gewerbeaufsichtsamt Coesfeld
Heinrich Evers, Wettringen, Metelener Str. 34	C Nr. 34/52 vom 11. 12. 1952	Gewerbeaufsichtsamt Coesfeld
Fritz Deppe, Weisweiler, Dürener Str. 1	B Nr. 1/51 vom 14. 11. 1951	Gewerbeaufsichtsamt Düren
Georg Kalteis, Wülfrath, Rohdenhaus 79	C Nr. 10/52 1952	Gewerbeaufsichtsamt Düsseldorf
Anton Kirner, Wülfrath, Rohdenhaus 79	C Nr. 9/52 1952	Gewerbeaufsichtsamt Düsseldorf
Otto Scherer, Wülfrath, Rohdenhaus 79	C Nr. 12/52 1952	Gewerbeaufsichtsamt Düsseldorf
Heinrich Schlecht, Wülfrath, Rohdenhaus, Behelfsheim 1	C Nr. 2/53 1953	Gewerbeaufsichtsamt Düsseldorf
Karl Cassel, Häverstädt Nr. 72	C Nr. 2/52 vom 23. 1. 1952	Gewerbeaufsichtsamt Minden
Franz Arnecke, Münster (Westf.), Rober-Koch-Str. 29	A Nr. 17/52 vom 20. 3. 1952	Gewerbeaufsichtsamt Münster

— MBl. NW. 1953 S. 2020.

## Nachtragsverzeichnis der Lehrapotheken für die Ausbildungszeit vom 1. Oktober 1953 bis 30. September 1955

Bek. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau  
v. 21. 11. 1953 — III A 2 40 — 4

In Ergänzung meiner Bekanntmachung v. 18. September 1953 II A 3 40 — 4 (MBl. NW. S. 1637) werden die nachstehend verzeichneten Apotheken für die Ausbildungszeit vom 1. Oktober 1953 bis 30. September 1955 als Lehrapotheken zugelassen.

Regierungsbezirk Arnsberg:

Hirsch-Apotheke, Bochum.

Regierungsbezirk Düsseldorf:

Gerricus-Apotheke, Düsseldorf-Gerresheim.

Regierungsbezirk Köln:

Mariannen-Apotheke, Köln-Sülz,  
Adler-Apotheke, Uckerath.

— MBl. NW. 1953 S. 2020.

## Betr.: Verordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssigkeiten; hier: Aufsetztanks AT — K 20, 30 u. 40

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau  
v. 25. 11. 1953 — II B 4 — 8603 (II B 127/53)

Nachstehendes Schreiben des Ausschusses für brennbare Flüssigkeiten vom 25. August 1953 — MVA 166/53 — bringe ich in seiner redaktionell gemäß Schreiben des Ausschusses vom 22. Oktober 1953 — MVA 209/53 — geänderten Fassung hiermit zur Kenntnis:

„Ausschuß für brennbare Flüssigkeiten“  
Tgb.Nr. MVA 166/53

Hannover, den 25. August 1953.  
Niemeyerstr. 15

An die Länder des Bundesgebietes — zuständige Ministerien  
(Senatoren) für die Verordnung über den Verkehr mit  
brennbaren Flüssigkeiten — und den Herrn Senator für  
Arbeit in Berlin.

Betrifft: Verordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssig-  
keiten; hier: Aufsetztanks AT—K 20, 30 und 40.

Die Firma Bruno Kroll & Co. in Hamburg, Eifflstr. 498, hat die  
Anerkennung von Aufsetztanks der in den Unterlagen (vgl. Ziff. 2  
und 3) festgelegten Bauart AT—K 20, 30 und 40 zur Beförderung  
von brennbaren Flüssigkeiten der Gefährklasse A I beantragt.

In sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Abschnitts II B  
„Grundsätze für Tankwagen“ der Grundsätze für die Durchführung  
der Polizeiverordnung über den Verkehr mit brennbaren Flüssig-  
keiten bestehen gegen die Verwendung der Aufsetztanks zur Be-  
förderung von brennbaren Flüssigkeiten der Gefährklasse A I in  
der durch die Zeichnungen und Beschreibungen gekennzeichneten  
Ausführung vom sicherheitstechnischen Standpunkt keine Beden-  
ken, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind, die vom Her-  
steller bzw. Benutzer zu beachten sind:

1. Für Bau, Ausrüstung und Betrieb der Tanks, ferner für  
die Abnahmeprüfung und die regelmäßigen Untersuchungen sind  
die Vorschriften der Polizeiverordnung über den Verkehr mit  
brennbaren Flüssigkeiten und der zugehörigen Grundsätze für  
die Durchführung dieser Verordnung maßgebend.

Der § 7 Abs. 9 der genannten Polizeiverordnung gilt für die  
Zulassung der Straßenfahrzeuge dieser Art sinngemäß. Danach  
muß das Kraftfahrzeug mit aufgesetztem Tank von dem für  
den Standort des Fahrzeuges zuständigen amtlichen Sachver-  
ständigen der Aufnahmeprüfung unterzogen werden.

2. Aufbau und Abmessungen der Tanks und ihres Unterbaues  
müssen den von der Firma Bruno Kroll & Co., Hamburg, ein-  
gereichten Zeichnungen AT—K 20 vom 26. Januar 1951,  
AT—K 30 05 vom 2. Juli 1953, KA 610/53 vom 15. Januar 1953,  
den zugehörigen Beschreibungen sowie den sonstigen beige-  
hefteten Unterlagen entsprechen.

1953 S. 2021/22 u.  
Abschn. I Nr. 13  
erg.  
1955 S. 761/62 u. Ab-

#### VII C. Bauaufsicht

#### Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau v. 24. 11. 1953 — VII C 4 — 2.405 Nr. 3125/53

#### I

Mit Bezugnahme auf Abschnitt X (2) der Bestimmungen vom 31. Dezember 1937 (RABl. 1938 S. I 11; ZdB. 1938 S. 82) zur Verordnung über die allgemeine baupolizeiliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten vom 8. November 1937 (RGBl. I S. 1177) gebe ich weitere allgemeine Zulassungen bekannt. Die hinter der laufenden Nummer mit \*) bezeichneten Zulassungen sind Einlandzulassungen im Sinne der Nr. 8 der mit RdErl. vom 28. Juni 1951 — II A 7.04 Nr. 1635/51 (MBL. NW. S. 813) — bekanntgegebenen Verwaltungsvereinbarung vom 14. Februar 1951 und gelten nur im Lande Nordrhein-Westfalen. Alle übrigen Zulassungen haben nach Bekanntgabe durch die zuständigen obersten Bauaufsichtsbehörden der Länder auch in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutsch-  
land und dem Lande Berlin Gültigkeit:

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand	Zulassungsinhaber	Geltungs- dauer bis	Urkunde vom
1*)	„AV-Hartstein“ (Kalksandsteinartiger Mauerstein)	Gewerkschaft Auguste-Viktoria, Marl-Hüls	31. 12. 1957	8. 6. 1953
2*)	Stahlbeton-Rippendecke System „Zons-Decke“	Rhebau — Rheinische Beton- und Bauindustrie G. m. b. H., Stürzelberg über Neuß	31. 12. 1955	23. 6. 1953
3*)	Stahlsteindecke System „Herma-Decke“	Herma-Montagebau, Hilden (Rhld.)	31. 12. 1955	23. 6. 1953
4	„Siporex“-Wandbausteine aus dampf- gehärtetem Gasbeton	Deutsche Siporex G. m. b. H., Essen, Gärtnerstraße 42	31. 12. 1954	14. 7. 1953
5*)	Dolomit-Hohlblocksteine	Benzinger-Massivbau G. m. b. H., Baesweiler, Bez. Aachen, Ubacher Weg	31. 12. 1957	16. 7. 1953
6	Wandbausteine aus dampfgehärtetem Ytong-Porenbeton (Duisburg)	WYAG, Westdeutsche Ytong AG., Duisburg, Schließfach 595	31. 12. 1954	23. 7. 1953
7	Zweischalige Glasbausteine (Primalith-Steine)	Vereinigte Glaswerke, Hauptverwal- tung Aachen, Oppenhoffallee 143	31. 12. 1956	29. 7. 1953
8	Drahtspiegelglas als Verglasung in feuerbeständigen Bauteilen	Vereinigte Glaswerke, Hauptverwal- tung Aachen, Oppenhoffallee 143	31. 12. 1957	1. 8. 1953
9*)	Spannbetondecke, „System Blitzko“	M. Kohlmaier, Köln-Niehl	31. 12. 1955	1. 8. 1953
10*)	Dachkonstruktion aus Bims-Hohlblock- steinen	Bauingenieur H. Böyng und Archi- tekt E. Wallies, Ahaus (Westf.), Bahnhofstraße 52	31. 12. 1955	12. 8. 1953
11	Kalksand-Hohlblocksteine	Rheiner Kalksandsteinwerke Cirkel & Co., Rheine (Westf.)	31. 12. 1956	24. 8. 1953
12	Quergerippter Betonformstahl (Beton- rippenstahl) der Betonstahlgruppen I, IIa, IIIa und IVa	Niederrheinische Hütte-Aktien- gesellschaft, Duisburg, Wörthstr. 110	31. 12. 1957	26. 8. 1953

1953 S. 2021/22 1/22 21/22 1/22 2021/22 2021/22 Abschn. I Nr. 6  
Abschn. II Nr. 14 Nr. 12 Nr. 35 Nr. 36 Nr. 37 Nr. 31  
s. a. 1955 S. 1793/94 Nr. 233/94 Nr. 27 1953 S. 107/68 Abschn. III Nr. 268 Abschn. III Nr. 3 1953 S. 107/68 Abschn. III Nr. 4 Abschn. III Nr. 5 Abschn. I Nr. 17

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand	Zulassungsinhaber	Geltungsdauer bis	Urkunde vom
13	Spannbeton-Montagedecke System „Hamm“	Spannbetongesellschaft m. b. H., Hamm (Westf.)	31. 12. 1957	15. 9. 1953
14*)	Schornsteinreinigungsverschluß	K. Groneberg, Bielefeld, Auf dem langen Kampe 67	31. 12. 1956	16. 9. 1953
15*)	Querverrippter Betonformstahl (Betonrippenstahl) der Betonstahlgruppen I, IIa, IIIa und IVa	Westfalenhütte - Aktiengesellschaft, Dortmund	31. 12. 1954	22. 9. 1953
16*)	„NEHOBO“-Ideal-Decke	Verkoopkantoor „NEHOBO“ N. V., Den Haag, Huygensplein 4	31. 12. 1957	17. 10. 1953
17	Zugbegrenzer „Hera“	R. Strauss, Essen-Süd, Töpferstr. 68	31. 12. 1957	3. 11. 1953

## II

Die folgenden, von anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und von dem Lande Berlin erteilten allgemeinen Zulassungen setze ich hiermit auf Grund der Nr. 5.7 der mit RdErl. vom 28. Juni 1951 — II A 7.04 Nr. 1635/51 (MBL. NW. S. 813) — bekanntgegebenen Verwaltungsvereinbarung vom 14. Februar 1951 im Lande Nordrhein-Westfalen in Kraft:

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand	Zulassungsinhaber	Geltungsdauer bis	Land Urkunde vom
1	Stahlbeton-Füllkörperdecke „Pillat“	Ing. Ernst Pillat, VDI, Kiel, Grasweg 26, 34/36	31. 12. 1956	Schleswig-Holstein 30. 9. 1952
2	Celonit-Deckenplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton	Deutsche Porenbeton G. m. b. H., Hamburg 11, Rödingsmarkt 52	31. 12. 1953	Hamburg 4. 11. 1952
3	Celonit-Deckenplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton	Deutsche Porenbeton G. m. b. H., Hamburg 11, Rödingsmarkt 52	31. 12. 1953	Hamburg 16. 2. 1953
4	Stahlrohr-Rahmengerüst „BERA“	Berliner Rahmengerüst G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstraße 71	31. 3. 1956	Berlin 28. 2. 1953
5	Grundstücks-Kläranlage „Bauart Möller“	Detlev Möller, Hamburg-Neuland, Neuländer Elbdeich 67	31. 12. 1955	Hamburg 31. 3. 1953
6	Grundstücks-Kläranlagen „Bauart Möller“	Detlev Möller, Hamburg-Neuland, Neuländer Elbdeich 67	31. 12. 1955	Hamburg 1. 4. 1953
7	Querverrippter Betonformstahl	Georgsmarienwerke AG., Georgsmarienhütte	31. 3. 1956	Niedersachsen 8. 4. 1953
8	Stahlbeton-Rippendecke System „Eilbrecht“	Bauingenieur Heinz Eilbrecht, Offenbach (Main), Rathenastr. 38	30. 6. 1956	Hessen 22. 4. 1953
9	Stahlbeton-Rippendecken mit Ort-betonplatte System „Fessen“	Paul Fessen G. m. b. H., Hanau (Main), Canthalstraße 2	30. 6. 1956	Hessen 25. 4. 1953
10	Celonit-Wandbausteine	Deutsche Porenbeton G. m. b. H., Hamburg 11, Rödingsmarkt 52	31. 12. 1957	Hamburg 28. 4. 1953
11	Blitz-Klosett Nr. 121 für 1/2"-Spüler	Steingutfabrik Schwarzwald G.m.b.H., Hornberg (Schwarzwaldbahn)	31. 12. 1957	Baden-Württemberg 5. 5. 1953
12	Spannbetonträgerdecke aus Fertigbauteilen der Wayss & Freitag AG.	Wayss & Freitag AG., Frankfurt (Main), Neue Mainzer Str. 59	1. 4. 1955	Hessen 6. 5. 1953
13	Tonerde-Schmelzzementrohre mit Glockenmuffe	Severin Ahlmann, Rendsburg	31. 12. 1957	Schleswig-Holstein 13. 5. 1953
14	Wandbausteine aus Porenbeton „Ytong Messel“	Paraffin- und Mineralölwerk U. S. Administration, Grube Messel bei Darmstadt	30. 6. 1955	Hessen 15. 5. 1953
15	„Esto“-Decken	Bauing. Erich Stockmann, Braunschweig	30. 4. 1958	Niedersachsen 16. 5. 1953
16	Zugbegrenzer System „Feuerring“	„Der Feuerring“ G. m. b. H. für Wärmewirtschaft industrieller Feuerungstechnik, Braunschweig, Cyriaksring 52	31. 12. 1957	Niedersachsen 20. 5. 1953
17	Zugbegrenzer „Renta“	Ingenieurbüro Willy Tietze, Wilhelmshaven, Mozartstraße 41	31. 12. 1957	Niedersachsen 20. 5. 1953
18	Zugbegrenzer „Zentral“	Ingenieurbüro Willy Tietze, Wilhelmshaven, Mozartstraße 41	31. 12. 1957	Niedersachsen 20. 5. 1953
19	Stahlbetonrippendecke System „Dr.-Ing. Fritz Hartmann“ Anderung der Ziffern 3 und 7 der „Besonderen Bestimmungen“ des Zulassungsbescheides vom 25. 3. 1952 (s. Ziffer 2 lfd. Nr. 3 des RdErl. vom 14. 11. 1952 — II A 3/2.405 Tgb.Nr. 3094/52 — (MBL. NW. S. 1667/68)	Dipl.-Ing. Hans Krentzien, Hamburg 6, Sternstr. 115 und Dr.-Ing. Fritz Hartmann, Braaken bei Heide (Holstein)	31. 3. 1955	Hamburg 21. 5. 1953
20	PLEWA-Formstücke zur Verwendung für Abgasschornsteine	J. Plein-Wagner Söhne, Steinzeugfabrik, Speicher (Eifel)	31. 12. 1956	Rheinland-Pfalz 28. 5. 1953

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand	Zulassungsinhaber	Geltungsdauer bis	Land Urkunde vom
21	Wandbausteine aus Porenbeton „Ytong-Salzgitter“	Steine und Erden G. m. b. H., Goslar (Harz)	30. 4. 1958	Niedersachsen 28. 5. 1953
22	Eternit-Rohre	Eternit Aktiengesellschaft, Hamburg 36, Bleichenbrücke 10	31. 12. 1957	Hamburg 1. 6. 1953
23	Frawi Decke I und II	Dipl.-Ing. Franz Wild, Nürnberg, Theodorstraße 3	30. 6. 1955	Bayern 1. 6. 1953
24	Frawi Decke III und IV	Dipl.-Ing. Franz Wild, Nürnberg, Theodorstraße 3	30. 6. 1955	Bayern 1. 6. 1953
25	Muffenvergußmasse „LAVINIT“ für LNA-Rohre (PS 84)	Münch & Co., Berlin SO 36, Schlesische Straße 32	31. 12. 1955	Berlin 2. 7. 1953
26	„Hico“-Schalungsträger V 300	Maurermeister Otto Hinze, Hannover	30. 6. 1958	Niedersachsen 13. 7. 1953
27	„Hico“-Schalungsträger V 226	Maurermeister Otto Hinze, Hannover	30. 6. 1958	Niedersachsen 13. 7. 1953
28	Thony-Bauart (Wandtafeln für Fertighäuser)	Gebr. Thony, Kiel, Saarbrückenstraße 66	31. 12. 1957	Schleswig-Holstein 31. 7. 1953
29	Stahlbetonrippendecke System „Dr.-Ing. Fritz Hartmann“	Dr.-Ing. Fritz Hartmann, Braaken bei Heide (Holstein)	31. 12. 1957	Schleswig-Holstein 3. 8. 1953
30	Holeilit-Dachplatten	Hartsteinwerke Geesthacht-Hamburg, Wilhelm Holert, Escheburg (Elbe)	31. 12. 1955	Schleswig-Holstein 6. 8. 1953
31	Dreieck-Streben-Bauart System Hess, Grafrath	Dreieck-Streben-Bau-Auswertung, Siegfried Erzberger, München 15, Paul-Heyse-Straße 6	1. 9. 1955	Bayern 6. 8. 1953
32	Stahlleichtträger-Verbunddecke System „Dr. Burkhardt“	Dr.-Ing. E. Burkhardt, Stuttgart-O., Landhausstraße 95	31. 12. 1957	Baden-Württemberg 11. 8. 1953
33	Zech-Decke	Betonwerk E. G. Horneber, Nürnberg-W., Sigmundstraße 52	31. 12. 1957	Bayern 18. 8. 1953
34	Schornsteinreinigungsverschluß „Schwendilator“	Schwendilator, Josef Schwend & Cie, Baden-Baden, Fürstenbergallee 8	31. 12. 1955	Baden-Württemberg 22. 8. 1953
35	Katzenberger-Kaiser-Stahlleichtträgerdecke	Bauing.-Büro Dipl.-Ing. W. Kaiser, Frankfurt (Main), Myliusstraße 15	30. 9. 1955	Hessen 14. 9. 1953
36	Kaiser-TVG-Stahlleichtträgerdecke mit 8,5 cm hohen Stahlleichtträgern	Bauing.-Büro Dipl.-Ing. W. Kaiser, Frankfurt (Main), Myliusstraße 15	30. 9. 1955	Hessen 14. 9. 1953
37	„Omnia“-Stahlleichtträgerdecke	Rheinbau G. m. b. H., Rheindecken-Vertriebsbüro, Wiesbaden, Gartenfeldstraße 11—13	30. 9. 1955	Hessen 16. 9. 1953
38	Huki-Stein	Dipl.-Ing. H. Kiebler, Memmingen, Kalchstraße 2	31. 10. 1955	Bayern 6. 10. 1953

## III

Folgende Zulassungen sind widerrufen worden:

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand	Zulassungsinhaber	Land Urkunde vom
1*)	Kaiser-TVG-Stahlleichtträgerdecke mit 8,5 cm hohen Stahlleichtträgern	Bauing.-Büro Dipl.-Ing. W. Kaiser, Frankfurt (Main), Myliusstraße 15	Hessen 16. 3. 1953
2**)	Quergerippter Betonformstahl (Torstahl mit Querrippen) als Sonderbetonstahl III der Betonstahlgruppe III b	Firma Isteg-Stahl-Ges. m. b. H., Köln, Haus Lempertz	Nordrhein-Westfalen 10. 2. 1953
3**)	Quergerippter Betonformstahl (Sonderbetonrippenstahl III) der Betonstahlgruppe III b	Firma Hüttenwerke Phoenix-Aktiengesellschaft, Duisburg-Ruhrort, Phoenixstraße 7	Nordrhein-Westfalen 11. 2. 1953

\*) s. Ziffer 2, lfd. Nr. 20 des RdErl. v. 10. 6. 1953 — II A 4 — 2.405 Nr. 1452/53 (MBI. NW. S. 1041/1042).

\*\*) s. Ziffer 1, lfd. Nr. 4 und 5 des RdErl. v. 10. 6. 1953 — II A 4 — 2.405 Nr. 1452/53 (MBI. NW. S. 1041/1042).

Bezug: RdErl. vom

19. 7. 1950 — II A 1916/50 (MBI. NW. S. 804),  
 28. 6. 1951 — II A 7.04 Nr. 1635/51 (MBI. NW. S. 813),  
 30. 1. 1952 — II A 7.21 Nr. 13/52 (MBI. NW. S. 165/166),  
 16. 5. 1952 — II A 7.21 Nr. 1140/52 (MBI. NW. S. 551),  
 14. 11. 1952 — II A 3/2.405 Tgb.-Nr. 3094/52 (MBI. NW. S. 1667/68),  
 12. 2. 1953 — II A 3/2.405 Nr. 404/53 (MBI. NW. S. 249/50) und  
 10. 6. 1953 — II A 4—2.405 Nr. 1452/53 (MBI. NW. S. 1041/1042).

An die Regierungspräsidenten,  
 Außenstelle Essen,  
 alle Bauaufsichtsbehörden,  
 die staatlichen Bauverwaltungen,  
 Bauverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

— MBI. NW. 1953 S. 2021/22.

**Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.**

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzgl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,10 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH, Düsseldorf.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5—11. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.